



Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste  
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e.V.

VORSTAND

An die Koalitions-Verhandlungskommissionen  
von CDU/CSU und SPD

Bad Homburg, 6. April 2025

## **Erhöhung der Akzeptanz und Annahmepflicht von Bargeld - Zurückweisung einer Kartenterminalverpflichtung im Handel**

Sehr geehrte Verhandlungskommissionsvorsitzende,

die Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste BDGW – Bundesarbeitgeber- und -wirtschaftsverband und Interessenvertreter der privaten deutschen Geld- und Wertdienstleister hat Presseberichten bei NTV-Online und aus „Der Welt an Sonntag“ vom vergangenen Wochenende entnehmen müssen, dass die Vertreter der aktuellen Koalitionsgespräche von CDU/CSU und SPD planen, in den Koalitionsvertrag eine Verpflichtung der Einzelhändler zum Vorhalten von Kartenzahlungsterminals aufnehmen wollen.

Dieses Vorhaben ist nach unserer Auffassung nach aus mehreren Gründen bedenklich verfassungswidrig. Es würde einen relevanten Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb nach Artikel 14 GG ebenso darstellen, wie einen Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit der Gewerbetreibenden und einer Verletzung und Bevormundung der Verbraucher im Sinne ihrer allgemeinen Handlungsfreiheit nach Artikel 2 GG unmittelbar und mittelbar bedeuten.

Es wird eine Scheindebatte als Grundlage der Kartenterminal-Verpflichtung gemacht, Geldwäsche und kriminelle Machenschaften bei Bezahlvorgängen damit eindämmen zu wollen. Damit werden erneut Bargeld und Bargeldnutzer de facto kriminalisiert und unter Generalverdacht krimineller Handlungen gestellt. Dabei werden die allermeisten Schäden heutzutage nicht über die antiquierte Vorstellung von Geldkoffertätern, sondern online im Netz, über Darknetze, Hacker- und Cyberattaken oder einfach über sog. „white color crime-Netzwerke“ verursacht.

Statt über so ein Vorhaben zum Steigbügelhalter der Payment-Branchen, insbesondere amerikanischer Kreditkartenunternehmen wie Visa, Mastercard oder American Express und anderer unbarer Payment-Dienstleister zu werden, fordern wir Sie auf den Schwerpunkt in Überlegungen und Textfassungen im Koalitionsvertrag abzubilden, die unser Bargeld, den Euro, als einzig gesetzliches Zahlungsmittel stärken, statt mit solchen Ansinnen die Wirtschaft und die Verbraucher zu belasten.



Ihre Überlegungen sollten dahingehen, im Koalitionspapier die Stärkung des Bargeldes und die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Bargeld im Rahmen Ihrer verpflichtenden KRITIS-Daseinsvorsorge zu stärken, wie es das Konzept Zivile Verteidigung der Bundesregierung für die Bargeldversorgung zum Schutz kritischer Infrastrukturen vorsieht.

In Zeiten aktueller, anhaltender regionaler, insbesondere globaler Bedrohungslagen, sei es aus Naturereignissen, Klimaveränderungen, Blackouts von Energieversorgungsnetzen, kriegerischen oder terroristischer Bedrohungslagen oder anderer Konflikte fordern wir Sie auf, ein größeres Augenmerk in Ihren Gesprächen zu legen in die Aufrechterhaltung einer angemessenen Bargeldinfrastruktur bei Sicherstellung einer angemessenen Wechselgeldverfügbarkeit unseres Bargelds in der Wirtschaft und für die Allgemeinheit. Die Aufrechterhaltung eines Redundanznetzes in der Kritischen Infrastruktur der Bargeldlogistik nicht nur in Krisen- und Notfällen ist angezeigt, statt der meist ausländischen Payment-Branche zu weiteren Milliardeneinnahmen mit den beabsichtigten Kartenterminal-Verpflichtung vorbei an der Interessenlage der deutschen Wirtschaft und Verbraucher zu verhelfen.

Wir fordern Sie zudem auf, die Bedeutung unseres Bargeldes als einziges gesetzliches Zahlungsmittel mehr Bedeutung im Rahmen Ihrer Koalitionsverhandlungen beizumessen. Damit unterstützen Sie deutlich mehr die Bemühungen der Europäischen Kommission in ihren EU-Richtlinienentwürfen vom 28. Juni 2023, das Euro-Bargeld und die darin vorgesehene gesetzlich geregelte Annahmepflicht zu stärken.

Unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft braucht eine Stärkung des Bargeldes jetzt und in Zukunft mehr denn je, vor allem keine weiteren Beeinträchtigungen und Bevormundungen der deutschen Wirtschaft und der Verbraucher. Wir brauchen mehr Bürokratieabbau statt weiteren Bürokratieaufbau, wie er mit Kartenzahlungsterminal-Verpflichtungen einhergeht.

Stärken Sie unser Bargeld, statt es weiter unter Druck zu setzen!

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jörg Hisam  
- stv. Vorstandsvorsitzender -

RA Andreas Paulick  
- stv. Hauptgeschäftsführer -